

Die wahren Ursachen der Massenarbeitslosigkeit

von Werner Abelshauser

in: Die ZEIT, 35 vom 21. August 2008, S. 29.

Seit drei Jahrzehnten das gleiche Ritual: Im Aufschwung wächst die Hoffnung, dass die Massenarbeitslosigkeit endet. Das ist auch diesmal so. Der Höhepunkt des Konjunkturbooms ist überschritten, und die Kommentatoren freuen sich darüber, dass erstmals der so genannte Arbeitslosensockel leicht nachgegeben hat: die Zahl jener Menschen, die auch im Wirtschaftswachstum keine Arbeit finden. Sie sank in den alten Bundesländern von 2,5 Millionen zum Jahrtausendwechsel auf heute 2,2 Millionen.

Es gibt trotzdem keinen Grund zum Jubeln. Der Sockel ist nach wie vor sehr hoch. In der alten Bundesrepublik hat er einmal bei 150.000 Personen gelegen. Heute und auf absehbare Zeit ist in ganz Deutschland mit hartnäckiger Arbeitslosigkeit für 3 Millionen Menschen zu rechnen, auch in der Hochkonjunktur. Im kommenden Abschwung wird sich auf diesem Sockel wieder neue, konjunkturelle Arbeitslosigkeit aufbauen. Dieser harte Kern entzieht sich allen konventionellen Arbeitsmarkttherapien.

Die Ursachen dieses Problems liegen tief. Massenarbeitslosigkeit kann viele Gründe haben: Staatsversagen wie in der Hyperinflation von 1923; Marktversagen wie in der Weltwirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre oder so genannte strukturelle Ursachen. Wir müssen heute vorwiegend auf die letzteren schauen: schwere organisatorische Verwerfungen des Arbeitsmarktes, die uns daran hindern, die wertvolle Ressource Arbeitskraft produktiv einzusetzen.

Viele sehen das so: Die Massenarbeitslosigkeit sei das sichtbare Zeichen des Niedergangs des deutschen Modells der korporativen Marktwirtschaft. Zu inflexibel, zu teuer, global nicht wettbewerbsfähig. Doch der jüngste Aufschwung hat das Gegenteil bewiesen. Deutschland ist Exportweltmeister. Zwei Drittel der Wirtschaft verdienen gutes Geld mit einem nachhaltig produzierenden und hochpreisigen Modell der nachindustriellen Maßschneiderei.

Die deutsche Volkswirtschaft leidet unter einem anderen Strukturproblem: an einem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, dem ein Überschuss an unqualifizierter Arbeitskraft gegenübersteht. Dieser entzieht sich jeder produktiven Verwendung. Er will so gar nicht in eine Wirtschaft passen, deren wichtigste Exportbranchen – Maschinenbau, Chemie, Fahrzeuge und Elektrotechnik – den Großteil ihrer Wertschöpfung aus verwissenschaftlichter Produktion gewinnen. Mehr als zwei Drittel der Erwerbstätigen üben heute qualifizierte bis hochqualifizierte Tätigkeiten aus, vom Facharbeiter bis zum Spitzenmanager. Sie sind unbestritten wettbewerbsfähig.

Die Arbeit der anderen gut 30 Prozent wird hingegen kaum noch nachgefragt. Ein Vergleich der qualifikationsspezifischen Arbeitslosenquoten macht dies deutlich. In den vergangenen drei Jahrzehnten lag die Arbeitslosenquote der Hoch- oder Fachschüler in den alten Ländern bei 3,3 Prozent, die der Kräfte ohne Berufsabschluss aber blieb bei 19,8 Prozent.

Dahinter verbirgt sich die zentrale Ursache der Massenarbeitslosigkeit. Die wirtschaftspolitische

Fehlsteuerung, die für diese Misere verantwortlich ist, liegt lange zurück. Die besonderen Bedingungen der Rekonstruktionsperiode förderten nach dem Zweiten Weltkrieg einen Anachronismus: Sie machten standardisierte Massenproduktion erstmals auch in Deutschland marktfähig. Der Triumph der Fließbandarbeit hatte jedoch arbeitsmarktpolitische Folgen. Weil die fordistische Fabrik unqualifizierte Arbeitskräfte brauchte und zudem relativ gut bezahlte, sank die Attraktivität beruflicher Bildung.

Noch negativer wirkte sich die gezielte Anwerbung unqualifizierter ausländischer Arbeitskräfte aus. Nur drei Prozent der ins Land geholten Arbeiter verfügten über berufliche Bildung. Die Arbeitsmigranten der sechziger und siebziger Jahre entsprachen den Bedürfnissen der industriellen Massenproduktion nach einfacher, ungelernter Arbeit. Deren Anteil lag in Deutschland traditionell mit rund 20 Prozent sehr niedrig, stieg aber nun auf weit über 40 Prozent an. Dies war einmalig in der Welt. Die Gastarbeiter besaßen kaum Anpassungspotential an neue Berufe, weil ihre Ausbildungsfähigkeit – und auch die ihrer Kinder und Enkel – durch soziale und kulturelle Faktoren eng begrenzt war und ist.

Als die Massenproduktion Anfang der siebziger Jahre weltweit einbrach, gab es immer weniger Arbeitsplätze für sie. Massenarbeitslosigkeit war die Folge, zumal der Zustrom noch lange anhielt und die Neigung zur beruflichen Bildung auch bei deutschen Jugendlichen Schaden genommen hatte.

Es gilt also, den der deutschen Wirtschaft angemessenen niedrigen Anteil nicht-qualifizierter Arbeitskräfte wiederherzustellen. Zur Therapie gehören zunächst wirtschaftliche Anreize zur beruflichen Bildung, aber in einem zweiten Schritt auch Ordnungspolitik. Arbeitgeber, die zuwenig in das menschliche Vermögen investieren und Deutschland zum Niedriglohnland machen wollen, schaden sich selbst und der ganzen Wirtschaft.

Strukturpolitik ist ein weiteres Instrument, um Anreize zur Qualifizierung zu schaffen. Es gilt, deutsche Wettbewerbsvorteile (Wissensinfrastruktur, Qualitätsproduktion, regionale Verbundwirtschaft) auszubauen. Wer heute stattdessen prekäre Arbeitsplätze im Bergbau oder in der Landwirtschaft subventioniert, wird morgen umso mehr ausgeben müssen, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Schließlich: Der Sozialstaat muss die Anpassungszeit überbrücken, ohne den Steuerzahler zu ruinieren. Er sollte seine Klienten dazu bringen, sich zu qualifizieren und Arbeit zu suchen. Die Regierung Schröder hat einen Anfang gemacht. Allerdings war dieses magische Dreieck der Arbeitsmarktpolitik auch schon Kern der Agenda, an der einst die Regierung Schmidt scheiterte. Einfach scheint es also nicht zu gehen.